

Netzdiskurs

Internet und der Strukturwandel von Kommunikation und Öffentlichkeit

Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom **5. bis 7. Dezember 1997**

in Zusammenarbeit mit dem Benutzer-Service-Zentrum der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Hans J. Kleinsteuber / Martin Hagen

Konzepte elektronischer Demokratie in den USA und Deutschland: Darstellung einiger Positionen und Erörterung von Pro & Contra¹

Keine Frage, der demokratische Willensbildungsprozeß in westlichen Demokratien zeigt Defizite und diese fordern ein Nachdenken über neue Lösungen. Diskussionen darüber, wie der Lage beizukommen sei, sind so alt wie Therapien unterschiedlicher Art. Derzeit werden deshalb, vor allem in den USA, verstärkt Konzepte diskutiert, wie unter Zuhilfenahme neuer Informations- und Kommunikationstechniken der demokratische politische Prozeß 'verbessert', also umstrukturiert und gestärkt werden kann. Dabei tauchen Stichworte wie 'elektronische Demokratie' oder 'Cyberdemocracy' auf, die mitunter Faszination, mitunter aber auch Sorge auslösen. Dieser Artikel möchte Positionen und Sichtweisen zu dieser Debatte zusammentragen. Es beginnt mit der Schilderung einiger älterer Ansätze in Deutschland und stellt darauf die jüngere amerikanische Diskussion in ihren wesentlichen Punkten dar. Die Erörterung lotet das Thema aus, indem in einem Schema von Pro & Contra Argumente gegeneinander gestellt werden. Abschließend geben die Autoren Hinweise auf mögliche erste, begrenzte Anwendungsbereiche der neuen Techniken.

I. Frühe Ansätze zur Versöhnung von Technik und Demokratie

Jede Begegnung mit einer neuen Technik setzt Phantasien über ihre politischen Verwendungsmöglichkeiten frei. Dabei finden sich eher euphorische, von Technikoptimismus getragene Sichtweisen, aber auch skeptische, einem pessimistischem Technikverständnis anhängende Positionen. In Deutschland entstanden vergleichsweise früh einige Ansätze zu einem Konzept elektronischer Demokratie, die im folgenden kurz erläutert werden sollen.

1972 legte Helmut Krauch das Buch „Computerdemokratie“ vor. Es ist als Reaktion auf die damals in viele staatliche und nichtstaatliche Organisationen eindringenden Mainframe- (Groß)computer zu verstehen. Nach Krauch seien letztere auch politisch sinnvoll einzusetzen, nach dem Motto „Demokratie braucht Technik“. Krauch kritisierte die Verfassungswirklichkeit des (damaligen) repräsentativen Systems, in dem sich Teile der Bevölkerung nicht wiederfinden könnten, weil pluralistische Interessengruppen dominierten und sich infolgedessen politische Apathie ausbreite. Die Antwort auf diese Probleme sei eine 'Computerdemokratie', die er sich – auf dem technischen Stand von ca. 1970 – wie folgt vorstellte: „Ein strukturiertes und gut organisiertes Staatswesen, bei dem die wichtigsten Fragen nach gründlicher Vordiskussion über Funk und Fernsehen durch direkte Abstimmung entschieden werden.“²

Computerdemokratie ließe sich nach Krauch durch das Modell ORAKEL praktizieren („Organisierte Repräsentative Artikulation Kritischer Entwicklungslücken“). Im Zentrum dieses Modells stehen 'organisierte Konflikte', ausgetragen durch Akteure, die alle vom Konflikt betroffenen

gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren. Zur Konfliktbewältigung werden entsprechend der Gesamtbevölkerung repräsentativ besetzte Panels geschaffen, die sich der Kontroversen annehmen. Zuvor haben betroffene Gruppen die Möglichkeit, ihre Positionen darzustellen. Externer Sachverstand von Experten wird nach Bedarf zu Rate gezogen. Die Experten vertreten dabei quasi neutrales Wissen und verfügen über eine Datenbasis, die EDV-gestützt arbeitet. Dieser so gestaltete 'organisierte Konflikt' soll über das Fernsehen ausgestrahlt werden, so daß sich Bürger vor ihrer Stimmabgabe (via Telefon) umfassend informieren können. In Zusammenarbeit mit dem WDR veranstaltete Krauch 1971 erste Probeläufe mit diesem Modell, dann geriet der Ansatz jedoch in Vergessenheit.

Krauchs Modell einer Computerdemokratie erweist sich bei näherer Betrachtung als relativ konventionell. Im Prinzip soll der Bürger direkt und ohne Vermittlung durch Repräsentanten über politische Sachfragen abstimmen. Im Gegenzug wird er im Vorfeld der Abstimmung über die verschiedenen Konfliktpositionen informiert. Der Computer-Datenbank kommt dabei die Funktion des 'neutralen' Wissens, des Expertensachverstands zu. Eine nicht nur aus heutiger Sicht fragwürdige Annahme. Zudem wird bei diesem Modell vorausgesetzt, daß mehr Information und mehr Wissen zu engagierteren Bürgern und weiseren Entscheidungen führen. Völlig offen bleibt, in welchem Umfang sich Themen in einem so suggestiven Medium wie dem Fernsehen inszenieren lassen; die Eigeninteressen der Besitzer und Macher des Mediums werden ignoriert. Computer dienen hier, schaut man genau, vor allem der Legitimation des Prozesses. Denn obwohl sie dem Verfahren ihren Namen leihen, erscheint ihre Rolle als ergänzende Datenbasis eher peripher.³ So verdeutlicht der retrospektive Blick auf diesen Ansatz, in welchem Umfang technikoptimistische Ansätze dem Einsatz angeblich besserer Technik vertrauen, um eine defizitär funktionierende Gegenwart zu überwinden.

Dieses Technikvertrauen ist bei anderen Autoren noch extremer entwickelt gewesen. Karl Steinbuch argumentierte in seinem Buch „Falsch programmiert“: „Die zukünftige perfekte Technik zwingt uns aber auch im Bereich des gesellschaftlichen und moralischen Verhaltens der Menschen zu Fortschritten.“⁴ Wenn nur die richtigen Wertorientierungen in die Technik hineingegeben würden, so Steinbuch, liefere sie uns bessere Antworten als jeder Mensch. „Im Zeitalter der superintelligenten Computer ist es keine politische Aufgabe mehr, bei Kenntnis der Umweltsituation die im Sinne eines gegebenen Wertsystems optimale Entscheidung zu ermitteln,...“⁵ Der Computer biete „wertfreie Korrektheit“⁶ für die Zukunft. So könne er die immer weiter wuchernde Bürokratie mit seinen rationalen Methoden überwinden helfen. Demokratische Hoffnung wird so völlig einseitig auf die neue Technik projiziert, gegenläufige Tendenzen (Datenmißbrauch, 'gläserner' Mensch) werden nicht zur Kenntnis genommen.

Es waren Mainframe-Computer, welche Krauch und Steinbuch Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zu ihren Gedanken beflügelten. Wenige Jahre darauf wurde eine neue Technik zur Projektionsfläche von Hoffnungen auf eine elektronische Demokratie: das Kabelfernsehen. Etwa ab 1973 wurde die Sichtweise verbreitet – ausgehend von der deutschen elektrotechnischen Industrie, die auf amerikanische Entwicklungen verwies –, daß Koaxialkabelnetze interaktiv ausgelegt werden könnten. Diese Vorstellung eines rückkanalfähigen Kabels, das 'Zwei-Wege-Kabelfernsehen' ermöglicht, wurde recht schnell zu einer Art technischen 'Common Sense'. Sie wurde u. a. im Telekommunikationsbericht der KtK Anfang 1976 aufgegriffen. Sehr bald richtete sich die politische Phantasie auf die Verarbeitung politischer Problemereiche in diesen 'interaktiven' Kabelanlagen. Es wurden seinerzeit konkrete Projektdesigns erarbeitet, z. B. für die Kommunalpolitik.

Begleitet wurden diese Überlegungen von theoretisch orientierten Arbeiten wie dem Konzept einer 'Kabel-Demokratie' von Gerhard Vowe und Gernot Wersig.⁷ Die Autoren konstatierten, daß die repräsentative Demokratie bei der notwendigen Konfliktregulierung in Schwierigkeiten

gekommen sei und suchten nach technologischen Beiträgen zur Krisenbewältigung. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – so ihr Argument – böten zumindest die technischen Möglichkeiten für Lösungen – etwa, weil Wissen umfangreicher gespeichert und komfortabler genutzt werden könne und maschinelle 'Intelligenz' größere zeitliche Flexibilität ermögliche. Folgt man den Autoren, so ermöglicht das Kabel die Entwicklung neuer Demokratieformen. Dabei lassen sich regelrechte Stufenmodelle unterscheiden: „die von der Reise-Demokratie zur Verteilmedien-Demokratie übergegangene Form der industriellen Gesellschaft“ könnte „in eine Kabel-Demokratie gewandelt werden.“⁸ Allerdings blieb das Konzept einer Kabel-Demokratie von Vowe/Wersig in seinen schlußendlichen Aussagen eher vage und unbestimmt.

Mit der ab 1982 in großem Stil tatsächlich einsetzenden Verkabelung und den Pilotprojekten ab 1984 geriet die Vorstellung des Rückkanals in Vergessenheit. In der seinerzeit erörterten Weise wurde er damals (und bis heute) nicht realisiert, die Technik des Koaxialkabels hätte die Einrichtung von Gegenkanälen extrem schwierig und kostenaufwendig gemacht. Viele der Argumente zugunsten eines 'demokratischen' Zwei-Wege-Kabels erwiesen sich so im Nachhinein als Legitimation für eine technisch völlig konservativ, also monodirektional angelegte Verkabelung, die ganz anderen, nämlich medienpolitischen Zwecken diene. So wurde im Januar 1984 mit dem ersten Kabelpilotprojekt, dem sog. 'Ludwigshafener Urknall', das öffentlich-rechtliche Sendemonopol gebrochen.⁹

Dieser sehr kurz gehaltene Rückblick verdeutlicht, welche Skepsis angebracht ist, wenn Technik und Demokratie miteinander vermählt werden. Zu schnell werden gerade neue und uns noch nicht vertraute Techniken argumentativ mit Qualitäten umgeben, die ihnen nicht zukommen. Hervorzuheben ist auch, daß die Diskussion in Deutschland niemals das Zentrum der Debatten um die Demokratie und ihre Weiterentwicklung erreichte; Vorschläge einer elektronischen Überformung des politischen Prozesses wurden an der Peripherie geführt und beschränkten sich auf wenige Autoren und Ansätze. Letztere blieben weitgehend isoliert, was sie wahrscheinlich auch vor einer breiten Pro&Contra-Diskussion ihrer Vorschläge bewahrte. Anlaß zu kritischen Einwänden gibt es reichlich. So wurden z. B. verfassungspolitische Aspekte von den Autoren kaum thematisiert, obwohl die verschiedenen Ansätze durchaus an den Grundfesten einer freiheitlich demokratischen Grundordnung rührten. Zu nennen ist hier insbesondere die Frage nach der Demokratieform: welche Elemente repräsentativer und direkter Demokratie sollen berücksichtigt werden?

Im angelsächsischen Bereich, besonders in den USA, ist das Interesse an den politischen Einsatzmöglichkeiten von neuen Kommunikationstechniken immer größer als in Deutschland gewesen. Daraus resultierte eine eingehendere Beschäftigung mit den Chancen und Risiken des Einsatzes von Medientechnologien im demokratischen Prozeß. Im folgenden sollen deshalb - ausgehend von jüngeren amerikanischen Debatten - in einer Pro&Contra-Form Argumente zum Thema 'elektronische Demokratie' ausgebreitet werden. Damit wird die Diskussion zur elektronischen Demokratie in diesem Aufsatz offen und kontrovers angelegt. Wir sind uns einig, daß es keine einfachen Rezepte gibt und übereilte Schritte zu vermeiden sind. Andererseits werden sich die Rahmenbedingungen staatlichen Handelns unter Einfluß der neuen Informations- und Kommunikationstechniken auf jeden Fall grundlegend ändern. Wenn Akten in Datenbanken abgelegt werden, so ist zu regeln, welche davon in welcher Form welchem Bürger per Netz zugänglich sind. Oder: Wer Briefwahl für angemessen hält, wird klären müssen, warum eine Stimmabgabe per elektronischer Mail ausgeschlossen bleiben soll. Auf jeden Fall müssen diese Debatten undogmatisch geführt werden. Hoffentlich zeichnen sie sich durch mehr Erfahrung und Tiefe aus, als die oben geschilderten, früheren Ansätze.

II. Einige Argumente Pro & Contra elektronische Demokratie

(Pro) Die amerikanischen Ideen von 'elektronischer Demokratie' stellen nicht, wie fälschlicherweise von vielen Kommentaren sowohl in den USA als auch in Deutschland angenommen, die Durchführung elektronischer Plebiszite oder Wahlen in den Vordergrund.¹⁰ Damit können sie nicht als eine einfache "direktdemokratische Revolution" abgetan werden, die in ausschließender Konkurrenz zum bestehenden repräsentativen Regierungssystem treten will. Dies hat zwei Gründe: a) Als in den siebziger Jahren in den USA das Kabelfernsehen eingeführt wurde, inspirierte ähnlich wie später in Deutschland das (nicht eingelöste) technische Versprechen eines Interaktivität ermöglichenden 'Rückkanals' dort zum ersten Mal die Ideen einer „Kabeldemokratie“.¹¹

Praktische Erfahrungen mit einschlägigen Testprojekten zeigten jedoch schnell nicht nur die technologischen Grenzen, sondern auch politische Probleme auf: Fragen des gleichen Zugangs für alle, der Manipulation, und der notwendigen Einbettung der Wahlen in ausführliche Deliberationsprozesse zwangen die Befürworter einer Kabeldemokratie zu einer Ausdehnung des Konzeptes 'elektronischer Demokratie' auch auf andere politische Beteiligungsformen. Die Aufmerksamkeit der Vertreter elektronischer Demokratie richtete sich nicht nur auf das Wählen, sondern auch auf politische Diskussion und die aktive Teilnahme an politischen Interessengruppen und Parteien.¹² b) Aktuelle Debatten um elektronische Demokratie, die um Computernetzwerke zentriert sind, sind weniger von den nur mehr Mitbestimmung einfordernden Partizipationsdebatten der siebziger Jahre, als vielmehr von den auf die Revitalisierung einer 'Zivilgesellschaft' zielenden Kommunitarismus-Debatten der achtziger und neunziger Jahre inspiriert.

(Contra) Es ist sicherlich richtig, daß die Diskussion in den USA viel dichter und differenzierter geführt wird als bei uns. Dort wurden die Verfassung und eine darauf beruhende Ordnung schon immer als 'Projekt', also als dynamische Struktur verstanden, in deren Rahmen auch experimentiert und weiterentwickelt werden darf und muß. Bei uns stehen dagegen grundsätzliche Argumente im Vordergrund, insbesondere im Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, verbunden mit jeder Absage an relativistische Demokratievorstellungen (wie sie in der Weimarer Verfassungsordnung bestanden) und dem Bekenntnis zu einer wehrhaften, abwehrbereiten und 'streitbaren Demokratie'. Zwar zählt die derzeit praktizierte Form von Wahlen per Stimmzettel nach den Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts nicht zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung, dennoch könnte argumentiert werden, daß z. B. bei dem Übergang zu elektronisch gestützten Abstimmungen Kernbestandteile der Grundordnung tangiert werden, etwa solche der Volkssouveränität oder eines Mehrparteienprinzips.

Jede Erörterung einer elektronischen Demokratie wird folgerichtig in eine Grundsatzdebatte um Verfassungsprinzipien umschlagen, was ein begrenztes und kleinschrittiges Sammeln von Erfahrungen erschweren kann. Wer die Diskussion beginnt, wird sich darauf einstellen müssen, daß sie im deutschen Kontext in ganz anderen Bahnen verlaufen wird und prinzipielle Einwände eine weitaus höhere Bedeutung erlangen als in vergleichbaren Staaten.

Diese Argumente sind ernstzunehmen, sind sie doch geboren aus der Erfahrung des totalen Scheiterns der Weimarer Verfassung, dieses seinerzeit modern und passagenweise experimentell angelegten Werkes, entstanden aus Kriegsende, Revolution und der Überwindung einer monarchischen Ordnung. Dagegen steht der beachtliche Erfolg, den das eher konventionell angelegte Grundgesetz nach dem zweiten Weltkrieg bis heute vorzuweisen hat.

2. (Pro) Im Mittelpunkt der amerikanischen Konzepte von elektronischer Demokratie steht ein Partizipationsbegriff, der vor allem auf die Stärkung

- 1) der politischen Informationsmöglichkeiten,
- 2) der politischen Diskussionsmöglichkeiten und
- 3) der politischen Aktivitätsmöglichkeiten

zielt.

In einem grundsätzlich repräsentativen System soll durch "Anstiftung" der Information, Diskussion, und politischer Aktivität eine apathisch gewordene Bevölkerung mobilisiert und auf diese Weise wieder - von unten - in den politischen Prozeß reintegriert werden. Nur so, argumentieren die Verfechter elektronischer Demokratie, sei es langfristig möglich, auch in einem hochkomplexen und fragmentierten politischen System mit immer undurchschaubarer werdenden Verfahren die Unterstützung der Bevölkerung und damit die Legitimität der repräsentativen Demokratie zu sichern.

(Contra) Dieses Argument stellt im Kern einen Zusammenhang zwischen politischer Apathie und dem Stand der jeweiligen Technik her. Denn nur bei Vorliegen eines derartigen Zusammenhangs vermag Technik ein Defizit an Information, Diskussion und Aktivität auszugleichen. Es gibt aber auch ganz andere Interpretationen, was die Quellen der sicherlich zu recht beklagten Apathie anbetrifft, etwa Defizite in der politischen Sozialisation, eine Entpolitisierung der Politik durch 'Ver-Entertainerung' oder auch gezieltes Fernhalten der Bürger aus der Interessenlage einer politischen Klasse heraus, die so ungestörter zu regieren vermag. In den USA wird die dortige Apathie (Wahlbeteiligung 1996: 49 Prozent) sogar positiv interpretiert, als indirekte Zustimmung zum politischen Status quo, den die Bürger durch ihr Nicht-Aktiv-Werden akzeptieren.

Zudem ist nicht sicher, daß in den neuen Netzen Politik ernsthafter als bisher betrieben wird. Wird es einmal möglich sein, politische Anliegen hinter Videospiele und anderen Unterhaltungsangeboten zu verbergen? (Die Home Page des Weißen Hauses begrüßt Kinder bereits mit 'Socks the Cat'.) Wird bei dem Einbezug bestimmter Informationstechniken auf der Grundlage falscher Kausalitäten argumentiert, so besteht die Gefahr, daß für die Zukunft zwar neue Kanäle der Informierung und Aktivierung geschaffen werden, sie aber nur mangelhaft genutzt werden oder brach liegen. Im Extremfall erweisen sie sich sogar als Einfallstor neuer, demokratisch nicht legitimierter Einflüsse auf die Politik.

3. (Pro) Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie gehen über den Anspruch hinaus, lediglich mehr Informationen einfacher und kostengünstiger der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, als das bisher möglich war. Angesichts der Effizienzsteigerungen, die sich durch den Einsatz von Computernetzwerken insbesondere für die staatliche Verwaltung ergeben, befürchten die Anhänger elektronischer Demokratie, daß Computernetzwerke nur Exekutive und Bürokratie stärken werden, den Bürger aber damit in seiner Position gegenüber diesen schwächen. Insbesondere Probleme der Überwachung und des Datenschutzes werden in diesem Zusammenhang kritisiert. Elektronische Demokratie versucht, mit Hilfe von Computernetzwerken die Bevölkerung ihrerseits gegenüber der Verwaltung zu stärken - und damit das Kontroll- und Machtverhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung auszugleichen.

(Contra) Dieses Argument geht in der Tendenz von technischen Eigengesetzlichkeiten aus. Es suggeriert, daß die staatliche Seite auf jeden Fall die verfügbaren Techniken einsetzen werde und daß dies zu neuen Bedrohungslagen für Bürger führt. Technik erscheint dabei als Sachzwang, dessen Unausweichlichkeit nur durch technische Aufrüstung seitens des Bürgers kompensiert und konterkariert werden kann. Eine derartige Sichtweise überdeckt, daß es differenzierte Vorschriften zum staatlichen Einsatz von Computern und Netzen gibt, daß detaillierte Datenschutzgesetze bestehen und Datenschutzbeauftragte über die Einhaltung wachen. Ansätze der elektronischen Demokratie lenken von der Notwendigkeit ab, die Anwendung dieser Mög-

lichkeiten voll auszuschöpfen, weil dem Bürger neue Formen der Gegenwehr angetragen werden, die so möglicherweise nicht bestehen.

4. (Pro) Konzepte elektronischer Demokratie beschränken sich nicht auf den Einsatz der Computertechnik allein, sondern sind in der Regel in größere demokratische Reformprogramme eingebunden. Bei Autoren wie Benjamin Barber oder Lawrence Grossman stehen medienpolitische Reformen (z. B. die Einrichtung von public service Kanälen) bzw. verfassungspolitische Reformen (Einrichtung von Town Meetings, repräsentative Meinungsumfragen etc.) im Vordergrund.¹³ Den Computernetzwerken selber wird in diesen Reformvorhaben nur komplementäre Aufgaben zugeschrieben, wie z.B. die Erleichterung der Informationsbeschaffung oder die kostengünstige, nicht an Zeit und Ort gebundene Organisation von Diskussionen und Koordination von politischen Aktivitäten.

(Contra) Nimmt man dieses Argument ernst, so bedeutet es: Ohne Reformbedarf gibt elektronische Demokratie keinen Sinn. Im Zusammenhang mit der (Wieder-)Vereinigung ist in Deutschland umfassend über das Bedürfnis nach Reform der vom Grundgesetz vorgegebenen politischen Grundprinzipien debattiert worden. Der Reformbedarf erwies sich dabei als begrenzt, zumindest wenn man ihn an dem Maß gesellschaftlicher und politischer Unterstützung mißt, welches zur Überarbeitung des Grundgesetzes notwendig ist. Aber auch diejenigen, die derzeit Reformbedarf anmahnen – etwa Stärkung von Verfahren der direkten Demokratie (Volksbegehren und –entscheid, Referenda) oder Vorschläge zur Modernisierung des Föderalismus – bevorzugen keine technischen Lösungen. Direktdemokratische Praktiken schauen auf eine lange Geschichte zurück, die belegen, daß sie auch ohne technischen Beistand realisiert werden können.

Das politische System, das mit der Bundesrepublik Deutschland etabliert wurde, erweist sich als insgesamt skeptisch gegenüber Elementen der direkten Demokratie. Hintergrund dafür sind vor allem die schlechten Erfahrungen, die in der Weimarer Republik mit Referenden zu emotional geladenen, politisch peripheren Themen durchgeführt worden waren (Fürstenenteignung, Panzerkreuzerbau). Im Grundgesetz sind Referenden nur für den seltenen Fall einer Änderung der Grenzen von Bundesländern vorgesehen. In den Bundesländern sieht es teilweise erheblich anders aus und die Stärkung direktdemokratischer Elemente wird zunehmend befürwortet. Aber all dies ist, wie bereits ausgeführt, auch ohne Einsatz neuer Techniken zu bewerkstelligen.

5. (Pro) Konzepte elektronischer Demokratie berücksichtigen in besonderem Maße die soziostrukturellen Rahmenbedingungen eines politischen Einsatzes von Computernetzwerken. Sie betonen, daß 1) universeller Zugang (universal access) und 2) entsprechende Medienerziehung und Ausbildung Voraussetzungen dafür sind, daß die Demokratie langfristig vom Einsatz der Computernetzwerke profitiert. Da Konzepte elektronischer Demokratie davon ausgehen, daß Computernetzwerke in jedem Fall in der zukünftigen Politik eine Rolle spielen werden, verstehen sie das Eintreten für den öffentlichen Einsatz von Computernetzwerken für alle Bürger auch als den Versuch, die sich abzeichnende Kluft zwischen information-haves und information-have-nots zu verringern. Anderenfalls würden die neuen Techniken nur die Elite der Informationsgesellschaft (in Wirtschaft und Wissenschaft) bevorteilen, was zu großen demokratischen Legitimationskrisen führen könnte.

(Contra) Dieses Argument liest sich ins Gegenteil gewendet: Solange die soziokulturellen Voraussetzungen zur Einführung von Elementen der elektronischen Demokratie nicht bestehen, wäre jeder Einstieg leichtfertig. Richtig ist, daß in der derzeit gültigen Telekommunikationsgesetzgebung nicht sichergestellt ist, daß alle Bürger – also auch Arme, Benachteiligte etc – Zugang zu den neuen Techniken finden. Zudem gilt, daß heute an Schulen und Hochschulen Medienkompetenz keinen wesentlichen Stellenwert in der Lehre hat und die dazu notwendige Compu-

ter-Ausstattung eher defizitär erscheint. Weil das so ist, wird die Befürchtung geäußert, daß sich die Gesellschaft zunehmend in zwei Gruppen polarisiert, deren eine selbstbewußt Zugang zu den neuen Techniken findet und auch über die nötige Kaufkraft verfügt, während die andere mit den technisch verfügbaren Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten nicht umzugehen vermag. Genau diese Situation verstößt aber gegen die Gleichheitsgrundsätze der Verfassung.

Angesichts dieser Realitäten erscheint es durchaus möglich, daß eine Teilung in information-haves und have-nots entsteht. Zudem ist unbestreitbar, daß in der Gesellschaft seit Jahren und unter vielfältigen Einflüssen neue Klüfte aufbrechen – etwa im Einkommensbereich (Stichwort: Zweidrittelgesellschaft) –, die sich mit Elementen einer drohenden Zwei-Klassen-Informationsgesellschaft unheilvoll verbinden und verstärken können.

6. (Pro) Konzepte elektronischer Demokratie sind sehr pragmatisch orientiert, und haben in den USA eine Reihe bemerkenswerter Test- und Pilotprojekte inspiriert, die zeigen, welchen Wert Computernetzwerke nicht nur für Wirtschaft, Arbeit, Forschung und Bildung, sondern auch für die Politik haben. Voraussetzung für das Gelingen dieser Projekte ist jedoch die aktive Unterstützung von Seiten der Politik, die den vielfältigen Implikationen der neuen Kommunikationstechnik offen gegenübersteht, aus ihren Schwächen lernt, sich ihre Stärken zu Nutze macht, und sie komplementär zu bestehenden Institutionen einsetzt.

(Contra) Experimente im verfassungspolitischen Bereich waren nie eine Stärke der Deutschen. Die Geschichte bietet – wie oben erörtert – beunruhigende Beispiele dafür. Zudem haben wir gerade im kommunikationstechnischen Bereich in den letzten Jahrzehnten bewiesen, daß wir Pilotprojekte von Anbeginn so sehr mit gesetzlichen Festschreibungen und inhaltlichen Erwartungen belastet haben, daß experimentelle Offenheit keine Chance mehr hatte. Das klassische Beispiel stellen die Kabelfernseh-Pilotprojekte dar, die als offene Laborexperimente deklariert wurden, bei denen aber nur konventionelle und vereinheitlichte Techniken Einsatz fanden. Sie waren nicht rückholbar angelegt und dienten letztlich der Schaffung von Präzedenzfällen. Heute finden sich erneut Beispiele einer derartigen Funktionalisierung in der probeweisen Lizenzierung von digitalem TV und von Teleshopping, von denen wir schon heute wissen, daß Entscheidungen für eine Erprobung unumkehrbar sind.

Bei den wenig glückvollen Ansätzen wird erkennbar, daß Experiment, Labor und Begleitforschung bei uns vor allem Vorwand sind. Das muß nicht so sein. Wer Medientechniken erproben will, wird sich in der Tat spielerischer Formen der Erprobung bedienen müssen, wie sie z. B. der Niederländer Cess J. Hamelink in seinem 'Technology Gamble' beschreibt¹⁴ und wie sie besonders aus den USA bekannt sind. Andererseits: Gerade bei vernetzten Computern handelt es sich um eine komplexe Großtechnik, die sich über weite Strecken einer kontrollierten Experimentalordnung entzieht. Die bisherige Erfahrung unterstreicht, daß sie Kraft ihrer Eigendynamik nicht rückholbare Fakten zu setzen vermögen. Erinnerung sei an die gegenwärtig wenig erfolgreichen Versuche, Ansprüche des Jugendschutzes in den Netzen durchzusetzen: Wer ja zum Internet sagt, wird auch dessen tendenziellen Mißbrauch unvermeidlich hinnehmen müssen.

7. (Pro) Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie sind auch durch die besondere amerikanische politische Kultur, das Institutionengefüge und spezifische demokratietheoretische Traditionen in den USA zu erklären.¹⁵ Die bundesdeutsche Demokratie basiert z.T. aber auf anderen Voraussetzungen, weshalb die amerikanischen Konzepte nicht unverändert in Deutschland übernommen werden können. Dabei müssen die deutschen Besonderheiten aber nicht der Umsetzung elektronischer Demokratie entgegengestellt sein. Im Gegenteil, spezifische Eigenheiten lassen sich auch produktiv nutzen. So ermöglicht z.B. die etatistischere politische Kultur in Deutschland dem Staat, vor allem auf kommunaler Ebene, einen größeren Spielraum beim Ein-

satz von Projekten elektronischer Demokratie. Dabei sind auch die Parteien gefragt: als entscheidendes Bindeglied zwischen Wählern und Staat sind sie ebenfalls dazu aufgefordert, sich für eine demokratische Nutzung von Computernetzwerken einzusetzen.

(Contra) Hier wird mit Recht betont, wie andersartig die Verhältnisse in Deutschland sind. Freilich erscheint es wenig sachgerecht, ausgerechnet vom Staat, besser von Segmenten des politisch-administrativen Systems, zentrale Impulse in Richtung elektronische Demokratie zu erwarten. Aus vielfältigen Beobachtungen wissen wir, daß der Staatsapparat die neuen Techniken vor allem nach seinen Vorgaben einführt, also Technik zur Effizienzerhöhung, zur Sicherung bürokratischer Hierarchien und oft genug zur Überwachung gegen den Bürger einsetzt. So bleibt unverständlich, daß ausgerechnet dieser Akteur mit spezifischen Eigeninteressen seine eigene Schwächung einleiten wird. Zu befürchten bleibt, daß er eher zu symbolischen und legitimatorischen Maßnahmen neigt, partizipatorische Angebote als Ablenkungsmanöver erscheinen.

Richtiger wäre es, Transparenz und Zugänglichkeit in den bisherigen und erprobten Verfahren zu erhöhen, etwa durch verbesserte Vorschriften der Akteneinsicht oder staatliche Informationsverpflichtungen. Hier könnte der amerikanische Freedom of Information Act (oder vergleichbare Bestimmungen in Skandinavien und den Niederlanden) Pate stehen, dessen Ur-Fassung aus der Vor-Computerzeit stammt (zuerst 1966), der in den USA bereits an die veränderten Verhältnisse angepaßt wurde.

Wie wir betonten, eignet sich das Thema elektronische Demokratie nicht für Grundsatzdebatten. Natürlich kann man Szenarien entwerfen, in denen wie in einem Science-Fiction-Film verbrecherische Übeltäter sich der neuen Technik bemächtigen und die Weltherrschaft anstreben. Aber auch die bisher praktizierte Demokratie erbrachte suboptimale Ergebnisse, zudem lebt sie ja gerade vom Mißtrauen gegen Machtballungen und hat vielfältige Instrumentarien entwickelt, um über Gewaltenteilung und Kontrollverfahren Fehlentwicklungen zu verhindern - oder wenigstens zu erschweren. Diese würden auch in einer neuen elektronischen Umgebung wirksam bleiben.

III. Praktische Beispiele des Einsatzes von Computernetzwerken in den USA

Es wurde bereits auf den pragmatischen Umgang der Amerikaner mit dem politischen Einsatz von neuen Kommunikationstechniken im politischen Prozeß eingegangen. Im folgenden sollen deshalb eine Reihe amerikanischer Pilotprojekte vorgestellt werden, die auf verschiedene Weise versuchen, politische Beteiligung und damit das politische System als ganzes in den USA zu stärken.

III.1 Computernetzwerke und Information

Seit dem 1. Juni 1993 unterhält das Weiße Haus ein E-Mail-System, das in Zusammenarbeit mit dem M.I.T. Intelligent Information Infrastructure Project entwickelt wurde. Das System sortiert und zählt E-Mail-Nachrichten (es bekommt ca. 800 pro Tag) nach Themengebieten, und antwortet mit standardisierten elektronischen Formbriefen. Parallel können Regierungsdokumente elektronisch abgerufen werden, was täglich zwischen 30.000- und 40.000mal passiert (Zahlen von 1994).¹⁶ Bemerkenswert ist, daß diese elektronischen Veröffentlichungen gleichzeitig Bestandteil eines umfassenden Reformprogrammes der Bundesverwaltung in den USA sind (der sogenannte National Performance Review). So gut wie alle Bundesbehörden verfügen inzwischen über umfangreiche elektronische Informationssysteme.¹⁷ Auch erste Formulare (z.B. zur Beantragung von Social-Security-Leistungen oder Anträge für Pässe) können via die White House-Web-Seiten abgerufen werden.

Ebenfalls seit Mitte 1993 sind die ersten Abgeordneten des Kongresses per E-Mail zu erreichen. Mittlerweile hat jeder Abgeordnete eine eigene Homepage, und immer mehr gestalten die ihrige zu einem umfassenden Informationsdienst über sich, ihre Arbeit und den Kongreß aus. Dabei nutzen sie diese natürlich auch zu Werbung in eigener Sache. Aus diesem Grund hat der Senat eine Regel aufgestellt, nach der 60 Tage vor Wahlen die incumbents ihre Homepages nicht mehr verändern dürfen.

Bei der Vernetzung sind die Bemühungen von Pionieren wie im Senat Ted Kennedy (D-MA), Patrick Leahy (D-VT) und Bill Frist (R-TN) und im House Charlie Rose (D-NC), Vernon Ehlers (R-MI) und m. E. Newt Gingrich (R-GA) bzw. ihrer jeweiligen Mitarbeiter wegweisend gewesen.¹⁸ Hervorzuheben ist auch der von Newt Gingrich mit-initiierte THOMAS-Dienst der Library of Congress, über den künftig alle Gesetzesunterlagen, Ausschußprotokolle und Berichte des Kongresses öffentlich zugänglich gemacht werden sollen.¹⁹

Am 4. Oktober 1994 ging die von Kim Alexander initiierte California Voter Foundation ans Netz, mit über 300 Dateien, die Informationen über die Kandidaten in den regionalen und vor allem lokalen Wahlkämpfen in Kalifornien enthielten. 14.000 Benutzer machten von dem Service Gebrauch und riefen 36.000 mal Dokumente ab. Für die Wahlen 1996 bot die CVF noch mehr Informationen über die einzelnen Kandidaten an, die für normale Bürger auf anderen Wegen nur schwer zu ermitteln sind (z. B. die Spendeneinnahmen der Kandidaten).²⁰ Andere Dienste, wie VoteSmart, operieren auch in mehreren Einzelstaaten.

Auch etablierte Publikationen wie Time, Washington Post und Congressional Quarterly haben anlässlich der primaries und des Präsidentschaftswahlkampfes 1996 aufwendige und sehr informative Nachrichtendienste auf dem World Wide Web eingerichtet. Allerdings sind einige dieser Dienste kurz nach den Wahlen wieder eingestellt worden. Die Zukunft wird zeigen, ob die Wahlberichterstattung über das Netz vornehmlich von den traditionellen Print- und TV-Medien, oder von den Wahlkommissionen und Non-Profit-Organisation geleistet werden wird.

III.2 Computernetzwerke und Diskussion

Nachdem die City of Santa Monica in ihrer Stadtverwaltung schon seit 1984 E-Mail eingesetzt hatte, wurde im Februar 1989 das Public Electronic Network (PEN) in Betrieb genommen, eines der ältesten und u. U. erfolgreichsten städtischen Kommunikations- und Informationssysteme in den USA. Der Zugang zu PEN ist für alle Bürger der Stadt frei und auch über die Büchereien und an anderen öffentlichen Plätzen aufgestellten Computerterminals für Nicht-Computerbesitzer zugänglich. Von den 86.905 Bewohnern Santa Monicas sind heute ca. 7000 registriert, etwa 10 Prozent der Haushalte. Regelmäßig nutzen das PEN heute ca. 300 Mitglieder, in den Anfangsjahren waren es 400 - 600. Das System bietet Möglichkeiten der Informationsabrufung (information retrieval), der Kommunikation zwischen Bürgern und Mitgliedern der Verwaltung sowie zwischen Bürgern untereinander (E-Mail und computer conferencing), und der Abwicklung von Anträgen (transactions, z. B. kann die Erneuerung einer Geschäftslizenz elektronisch beantragt werden) (ebd.). Zu den Erfolgen des PEN gehört auch das über das System initiierte Projekt SHWASHLOCK (Showers, Washers, Lockers), in dem Obdachlose in Kommunikation mit 'wohnhafte' Bürgerinnen und Bürgern die Einrichtung von Dusch-, Wasch- und Schließfachmöglichkeiten bewirkten.²¹

Seit März 1995 führt der Senator Patrick Leahy mehr oder weniger regelmäßig sog. Electronic Town Meetings durch, in denen er sich etwa eine Stunde lang via Internet Relay Chat den Fragen von Vermonter Bürgern zur Antwort stellt. Auch andere Politiker, darunter Al Gore, stellen

sich von Zeit zu Zeit auf kommerziellen Online-Diensten (wie America Online) den Fragen der Bevölkerung. Inzwischen gibt es sogar einen eigenen Web-Dienst, der diese Online-Hearings regelmäßig organisiert: democracy.net. Ob es sich bei dieser Form der politischen Kommunikation um eine dialogische oder doch nur um eine einseitige Vermittlung von Informationen seitens der Politiker oder gar nur um publicity-wirksame Werbeveranstaltungen handelt, soll hier nicht diskutiert werden. Hier gibt es im Einzelfall große Unterschiede, und beide Varianten sind vorzufinden.

Wie schon bei den Informationsdiensten, spielen auch im Diskussionsbereich gerade lokale und regionale Dienste eine wichtige Rolle. Anlässlich der Wahlen 1994 wurde das Minnesota E-Democracy Project ins Leben gerufen, das elektronische Diskussionsgruppen und Diskussionsveranstaltungen mit den lokalen Kandidaten und Kandidatinnen in Minnesota, vor allem in Minneapolis, veranstaltet hat.²²

III.3 Computernetzwerke und Wählen

Wahlen via Computer sind auch in den USA noch weitgehend technische Utopie. Seit dem 4. Juli 1995 ist ein kommerzieller Service VoteLink auf dem World Wide Web ansteuerbar. Zwar handelt es sich hier bisher um eine relativ rudimentäre Abstraktion des Wahlprozesses, ohne verbindliche Wirkung und mit z. T. etwas beliebig ausgewählten Fragestellungen. Bei diesen 'Wahlen' sind die Abstimmungsergebnisse auch nicht repräsentativ. Auf der Homepage von Votelink kann man per Knopfdruck über Fragen wie „Should Britain leave the EU?“ oder „Should the Red Sox leave Fenway Park?“ abstimmen. Hintergrundinformationen werden zwar angeboten, zur Abstimmung ist deren Lektüre jedoch nicht erforderlich (die Seiten mit diesen Hintergrundinformationen sind erst 'hinter' die Wahlseite 'gelinkt'). Allerdings will VoteLink seine Software demnächst Institutionen (z. B. Schulen) verkaufen, wo öfter Wahlen und Abstimmungen durchgeführt werden.²³ Andere, nicht mit Hilfe von Computernetzwerken, sondern via Telefon und Fernsehen vermittelte Wahlen sind in Pilotprojekten bereits durchgeführt worden, z. B. die Wahl eines Vorsitzenden der Liberal Party in Nova Scotia/Kanada.

III.4 Computernetzwerke und politische Aktivität

Im Januar 1994 organisierte die Interessengruppe Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) (einst in Opposition zur Atomwaffenpolitik entstanden) einen Electronic Petition Drive, um gegen die Gesetzesinitiative ClipperChip der Clinton/Gore-Regierung zu protestieren. Der ClipperChip-Vorschlag sah den Einbau eines Verschlüsselungschips in jeden Computer vor, der zwar Verschlüsselung ermöglichte, jedoch für den Zugang von Seiten der Regierung offen bleiben sollte. Das Programm zielte auf Verbrechensbekämpfung. Die Gesetzesvorlage wurde – in veränderter Form – auch noch nach den Präsidentschaftswahlen 1996 diskutiert. CPSR bekam innerhalb sechs Wochen 51.000 Antworten, wovon 47.000 als Unterschriften für die CPSR-Petition gewertet werden konnten. Darüber hinaus erhöhte sich die Anzahl der subscriber der CPSR-Alert-Mailing-Liste von 1000 auf 8000.²⁴

Verärgert über die Anti-Gun-Policy des Speakers of the House, Tom Foley, organisierte der Oregoner Bürger Richard Hartman über eine Reihe von Bulletin Boards eine Online-Kampagne – „De-Foley-Ate Congress“ –, in der über 70 Aktivisten fast 30.000 Dollar an Spenden akquirierten und durch ihre Diskussionsbeiträge auf elektronischen Diskussionsforen dazu beitrugen, daß Foley seine Wiederwahl verlor (nach 15 in Folge gewonnenen Wahlen) – das erste Mal, daß ein amtierender Speaker abgesetzt wurde.

Auch auf Einzelstaatsebene werden Online-Kampagnen durchgeführt. So organisierte der Rechtsanwalt von Girvies L. Davis, einem zum Tode verurteilten Häftling in Illinois, eine Online-Kampagne für dessen Begnadigung. Trotz 1200 elektronischer Unterschriften wurde Davis hingerichtet – die Web-Seite seiner Kampagne dient heute als wohl erster virtueller Grabstein im Cyberspace.

An dieser Stelle bleibt festzuhalten, daß der Erfolg dieser ersten Web-Kampagnen noch relativ begrenzt ist. Die Anti-ClipperChip-Kampagne bedeutete höchstens einen Teilerfolg, und war sicherlich nicht der einzige Grund, warum die Clinton/Gore-Regierung ihren ersten Vorschlag zum ClipperChip wieder zurücknahm. Foleys Niederlage ist auch auf die allgemeine Frustration über den demokratisch beherrschten Kongreß zurückzuführen. Ebenso konnte die von Senator Leahy durchgeführte Kampagne gegen den Communications Decency Act (120.000 Unterschriften) im Februar 1996 kaum Senatoren überzeugen, gegen das Gesetz zu stimmen.

Computernetzwerke fördern auch politische Aktivität im internationalen Bereich, wie z. B. die Netzwerke der Association for Progressive Communication (APC) zeigen, die in ihren 20 Mitglieds- und Partner-Netzwerken über 35.000 Institutionen, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Bürgerinitiativen und Einzelpersonen miteinander verbinden. Die APC-Netzwerke arbeiten eng mit NGOs zusammen, und sind auch maßgeblich an der Organisation der Kooperation zwischen NGOs und UNO beteiligt.²⁵

IV. Ansätze für praktische Einstiege in Deutschland

Auch in Deutschland gibt es einige praktische Beispiele für den Einsatz von Computernetzwerken, die der politischen Betrachtung (und oft auch Unterstützung) bedürfen. In Berlin haben Mitglieder des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin 1995 das „Pilotprojekt Abgeordnete im Internet“ organisiert, in dem erstmals nach amerikanischem Vorbild Abgeordnete in nachhaltiger Weise auch mit der Öffentlichkeit vernetzt wurden und sich an Online-Diskussionen beteiligten. Seit Anfang 1996 betreibt der Bundestag selber eine eigene Homepage, die sich vor allem durch die frei zugängliche Datenbank für Gesetzesinitiativen, Anfragen, etc. auszeichnet. Auch finden sich dort einschlägige Informationen zu Wahlkreisen und Wahlergebnissen, sowie standardisierte Biographien der Abgeordneten. Eine eigenverantwortliche Gestaltung von Web-Seiten durch die Parlamentarier findet allerdings erst vereinzelt statt, z.B. durch die im oben erwähnten Pilotprojekt beteiligten Abgeordneten, aber auch von einigen Abgeordneten der PDS. Dafür haben die Fraktionen mehr oder weniger aufwendige Web-Seiten gestaltet. Auch in mehreren Bundesländern, z.B. Bayern und Bremen, haben die Landesparlamente entsprechende Dienste aufgebaut. Und in Sachsen sind sogar die Ministerien per E-Mail direkt von der Homepage des Landes zu erreichen.²⁶

Auf kommunaler Ebene wurden wie in Amerika kommunale Netze eingerichtet, einige nach dem Free-Net-Modell aus Cleveland (z. B. in Erlangen), andere orientieren sich eher an Bürgerinformationssystemen wie in Santa Monica (z. B. in Münster, Bremen). Der Bremer Informatik-Professor Herbert Kubicek hat ein Bremer Stadtinformationssystem initiiert, das in Zusammenarbeit von Universität und Stadtverwaltung entwickelt wird und umfassende und aktuelle Informationen über das politische, kulturelle und soziale Leben in Bremen bereitstellen soll. Die Bremer Gruppe untersucht und berücksichtigt dabei intensiv die gesellschaftlichen Konsequenzen eines solchen Systems.²⁷

Weitere Projekte könnten in Milieus beginnen, in denen die Nutzung von Computernetzen bereits zum Alltag wurde. Das Internet entstand einst in der amerikanischen Academic Community

und wurde sodann vom internationalen Universitätssystem übernommen. Es gibt Universitäten, an denen bereits mit der Immatrikulation Internet-Adressen verteilt werden. In deutschen Universitäten finden Wahlen zu den Gremien der akademischen Selbstverwaltung statt, die probe-weise elektronisch angelegt werden könnten. Im Übergang können auch parallele Verfahren einbezogen werden, den Angehörigen der Universität könnte etwa freigestellt werden, per Wahlzettel oder elektronischer Stimmabgabe ihr Votum abzugeben. Denn anders als in der Gesamtbevölkerung ist die Vernetzung der „universitären Gemeinde“ schon heute relativ hoch. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die in Deutschland (anders als in den USA) breit praktizierte Briefwahl auf elektronische Stimmabgabe ausgedehnt werden kann „vielleicht in einer ersten Phase nur für eingeschränkte Bevölkerungskreise wie im Ausland lebende Wahlberechtigte, oder Senioren und Behinderte.

Die Einführung von Bürgernetzen bindet Menschen in überschaubare, lokale Zusammenhänge ein. Es ist heute bei begrenztem Aufwand möglich, amtliche Mitteilungen oder Verlautbarungen umfassend im Netz zur Verfügung zu stellen. Ebenso schafft es keine Schwierigkeiten mehr, diese virtuellen Bekanntmachungen mit den Möglichkeiten für eine Rückantwort zu versehen. So können ergänzende Fragen gestellt, Zuständigkeitsprobleme gelöst oder auch Kommentare zu staatlichen Handlungen abgegeben werden. Dabei müßte z. B. sichergestellt werden, daß nur Berechtigte und/oder Betroffene in diese Dienste einbezogen sind und Betrügereien ausgeschaltet bleiben. Auch von daher ist die Verfügbarkeit von sicheren Verschlüsselungssystemen für alle Mitglieder der Bevölkerung eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung solcher Anwendungen. Eng damit verknüpft stellt sich das Recht auf umfassende Akteneinsicht nach Vorgaben eines Freedom of Information Act, dem nur benennbare (und gerichtlich überprüfbare) Gründe entgegenstehen dürfen. Sie wurde bisher u. a. aus Gründen des hohen Verwaltungsaufwands kritisiert und verwehrt. Dieses Problem kann nun über einen Netzzugang zu sowieso schon elektronisch gespeicherten Akten überwunden werden.

Denkbar ist auch, daß Bürger nach Verfolgen einer kontroversen Debatte im Stadtrat im Fernsehen und/oder parallelem Angebot von Hintergrundinformationen über Netz um eigene Stellungnahmen gebeten werden. Gerade in Planungsverfahren können Online-Konferenzen ein wertvolles Kommunikationsmittel sein, um input von interessierter Seite zu erlangen.²⁸ So werden Vorschläge oder Empfehlungen seitens der betroffenen Bürger in geeigneter Weise dokumentiert, bevor das zuständige Parlament entscheidet.

V. Fazit

Diese kurze Darstellung – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sollte unterstreichen, daß eine Auseinandersetzung mit Konzepten der elektronischen Demokratie überfällig ist. Dabei meint dieser Terminus nicht, wie in einigen zu euphorischen amerikanischen Darstellungen nahegelegt zu sein scheint, eine dritte Stufe der Entwicklung (nach direkter, athenischer und repräsentativer, amerikanischer Demokratie).²⁹ Diese Überfrachtung des Begriffs erscheint uns eher hinderlich. Hier soll der Begriff vielmehr als Chiffre für das Nachdenken über digitale Netze und deren Bedeutung für die Politik dienen.

Schon der Vergleich mit den einleitend dargestellten Ansätzen (Krauch et. al.) unterstreicht, welche Fallstricke in diesem Themenfeld zu vermuten sind. Da werden Techniken in ihren Leistungen grob überschätzt oder Frustrationen über eine unbefriedigende Gegenwart einer angeblich alle Probleme lösenden Technik übergestülpt. Unsere Unzulänglichkeit, die Zukunft in ihrer Komplexität auch nur begrenzt erfassen zu können, mahnt zur Selbstkritik und Zurückhaltung. Andererseits kann ein lähmendes Festhalten am Status quo keine Antwort sein. Die neuen Tech-

niken sind längst präsent und beginnen bereits staatliches Handeln zu überformen und das Verhältnis zum Bürger zu verändern. Damit dieser sich nicht wehrlos und bedroht fühlt, muß er in diese Veränderungsprozesse von Anbeginn eingebunden werden. Es muß ihm die Chance gegeben werden, Erfahrungen zu sammeln und Expertise zu erwerben.

Das kann nur in kleinschrittigen Erprobungen und überschaubaren Experimenten erfolgen, die nicht - wie in manchen Pilotprojekten bisher - mit ganz anderen Interessen überfrachtet werden dürfen. Letztlich muß der Ansatz (im Sinne von Hamelink) spielerisch bleiben, ohne freilich die Substanz der demokratischen Ordnung dabei zu tangieren. Ebenso wichtig wird es sein zu verfolgen, was in anderen Ländern geschieht, die größeres Vertrauen in ihre Demokratie und deren Wandlungsfähigkeit haben. Allen voran natürlich in den USA, aus denen mit den großen Innovationen in Computernetzen auch die meisten Ideen und Projekte kommen. Die Diskussion zu beleben und deren Offenheit zu dokumentieren, dazu diente die Pro&Contra-Darstellung. Um ein Praxis-orientiertes Herangehen zu beflügeln, stellten wir internationale Erprobungen vor. So sollte es möglich werden, Demokratie und Technik pragmatisch miteinander zu versöhnen.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Papiers, das der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ vorgelegt wurde.
- 2 Helmut Krauch, *Computerdemokratie*, 1972, S. 37.
- 3 Krauch selber hat das ORAKEL-Modell auch ohne Computer durchgeführt (vgl. Krauch, a.a.O. (Anm. 1), S. 56, 63. Doch seine Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, daß er die Computer-unterstützte Version präferierte.
- 4 Karl Steinbuch, *Falsch programmiert*, 1968, S. 168.
- 5 Steinbuch, a.a.O. (Anm. 4), S. 172.
- 6 Steinbuch, a.a.O. (Anm. 4), S. 174.
- 7 Gerhard Vowe/Gernot Wersig, 'Kabel-Demokratie' - der Weg zur Informationskultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 45 v. 12. Nov. 1983, S. 15-22.
- 8 Vowe/Wersig, a.a.O. (Anm. 6), S. 21.
- 9 Hans J. Kleinsteuber, *Der Mythos vom Rückkanal. Technische Phantasien und politische Funktionalisierungen in der Kabelfernsehdebatte der 70er Jahre*, in: *Medium*, Nr. 4, 1994, S. 59-62 (Teil 1) und Nr. 1., 1995, S. 18-25 (Teil 2).
- 10 Die wichtigsten Werke zu elektronischer Demokratie, auf die sich diese und die folgenden Ausführungen beziehen, sind: Jeffrey B. Abramson/F. Christopher Arterton/Garry R. Orren, *The Electronic Commonwealth. The Impact of New Media Technologie on Democratic Politics*, 1988; Benjamin Barber, *Strong Democracy*, 1984; John Perry Barlow, *A Declaration of Independence for Cyberspace*, Ms., <http://www.eff.org/barlow/>, 1996; Ted Becker, *Teledemocracy. Bringing Power Back to the People*, in: *The Futurist*, December 1981, S. 6-9; ders., *True Teledemocracy*, Ms., <http://www.auburn.edu/tann>, 1995; Stephan Doheny-Farina, *The Wired Neighborhood*, 1996; Amitai Etzioni, *Teledemocracy. The Electronic Town Meeting*, in: *The Atlantic*, October 1992, S. 34-39; Lawrence K. Grossman, *The Electronic Republic*, 1995; Jay Kinney, *Digital Politics 101*, Ms., <http://www.well.com/user/jay/dig101.html>, 1995; John Naisbitt, *Megatrends*, 1982; Mark Poster, *CyberDemocracy. Internet and the Public Sphere*, Ms., <http://www.hnet.uci.edu/mposter/writings/democ.html>, 1995; Progress and Freedom Foundation, *A Magna Charta for the Knowledge Age*, Ms., <http://www.pff.org>, 1994; Howard Rheingold, *The Virtual Community*, 1993; Alvin Toffler, *The Third Wave*, 1980; Ted Wachtel, *The Electronic Congress. A Blueprint for Participatory Democracy*, 1992; ähnlich auch Charles Bowen, *Modem Nation. The Handbook of Grassroots Activism Online*, 1996; Graeme Browning, *Electronic Democracy. Using the Internet to Influence American Politics*,

- 1996; kritisch dazu s. u.a. Richard Barbrook/Andy Cameron, Die Kalifornische Ideologie, in: Telepolis Nr. 0, November 1996, S. 51-72; Lewis A. Friedland, Electronic Democracy and the new citizenship, in: Media, Culture & Society, 18(2), 1996, S. 185-212; Kenneth L. Hacker, Missing links in the evolution of electronic democratization, in: Media, Culture & Society, 18(2), 1996, S. 213-232; Martin Hagen, Elektronische Demokratie. Computernetzwerke und politische Theorie in den USA, 1997 (im Erscheinen); Claus Leggewie, Netizens: Der gut informierte Bürger, in: Transit Nr. 13, 1997, 3-25; W.B.H.J. van de Donk/Th.M. Snellen/P.W. Tops, Orwell in Athens, 1995.
- 11 Vgl. z.B. die Ansätze in Ithiel de Sola Pool/Herbert E. Alexander, Politics in a Wired Nation, in: Ithiel de Sola Pool (Hrsg.): Talking Back, 1973, und Ralph Lee Smith, The Wired Nation, Cable TV: the electronic communications highway, 1972.
- 12 Vgl. ausführlich F. Christopher Arterton, Teledemocracy. Can technology protect democracy?, 1987.
- 13 Vgl. Barber, a.a.O. (Anm. 10) und Grossman, a.a.O. (Anm. 10).
- 14 Cees J. Hamelink, The Technology Gamble. Informatics and Public Policy: A Study of Technology Choice, 1988.
- 15 Vgl. Martin Hagen, A Road to Electronic Democracy? - Politik, Politische Theorie und der Information Superhighway in den USA, in Hans J. Kleinsteuber (Hrsg.), Der "Information Superhighway", 1996.
- 16 S. im World Wide Web unter URL: <http://www.whitehouse.gov>.
- 17 Vgl. z.B. die mustergültige Homepage der amerikanischen Katastrophen-Management-Behörde (URL: <http://www.fema.gov>).
- 18 Vgl. Chris Casey, The Hill on the Net, 1996 und unter URL: <http://www.capweb.net>.
- 19 Vgl. URL: <http://www.thomas.loc.gov>.
- 20 Vgl. URL: <http://www.cvf.org>. Ein ähnliches Angebot findet sich unter URL: <http://www.democracynet.org>.
- 21 Vgl. Sharon Docter/William H. Dutton, The First Amendment On-Line: Santa Monica's Public Electronic Network, in: Damian Tambini/Cathy Bryan: Cybercities, 1996.
- 22 Vgl. als Einstieg die ausführliche Homepage des Staates Minnesota, URL: <http://www.state.mn.us>.
- 23 Vgl. URL: <http://www.votelink.com>.
- 24 Vgl. für diese und folgende Beispiele sowie eine Einschätzung dieser Dienste im Rahmen von Theorien elektronischer Demokratie Hagen, a.a.O., (Anm. 10).
- 25 Zum Beispiel der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking siehe Dorothee Greve, Mehr als eine virtuelle Welt - Soziale Bewegungen im Internet, in: Hans J. Kleinsteuber, a.a.O. (Anm. 15).
- 26 Als Einstieg siehe URL: <http://www.bundestag.de>, www.bayern.de, www.sachsen.de usw.
- 27 Vgl. Herbert Kubicek u.a., www.stadtinfo.de. Ein Leitfaden für die Entwicklung von Stadtinformationssystemen im Internet, 1997 (im Erscheinen).
- 28 Die niederländische Stadt Delft veröffentlicht diesbezüglich nicht nur Fragebogen, sondern hat 1997 ein virtuelles, dreidimensionales Raummodell einer geplanten Tiefgarage im Web publiziert, die nun per Mausclick vom heimischen Bildschirm zu durchwandern ist. Anschließend kann der virtuelle Besucher Kommentare zu diesem Planungsverfahren an die zuständigen Behörden schicken (vgl. URL: <http://www.dsdelft.nl/~infra/parkeergarage/>).
- 29 Vgl. hierzu das ansonsten wohldurchdachte Buch von Lawrence Grossman (Anm. 10).

Martin Hagen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Studiengang Informatik der Universität Bremen und Mitglied der Forschungsgruppe „Telekommunikation“.

Prof. Dr. Hans.J.Kleinsteuber ist Hochschullehrer am Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg und Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“.

© bei den Autoren und der Evangelische Akademie Loccum, 1998